Die Republikaner im Justizausschuss des Repräsentantenhauses haben den FBI-Direktor Christopher Wray und den Generalstaatsanwalt Merrick Garland vorgeladen. Sie sollen bis zum 1. März um 9:00 Uhr ET relevante Dokumente über angebliche FBI-Ermittlungen gegen Eltern bei Schulausschusssitzungen vorlegen, die auf eine umstrittene Richtlinie Garlands von Ende 2021 zurückgehen. Dabei geht um den angeblichen „Missbrauch von Bundesressourcen für Kriminalität und Terrorismusbekämpfung“.

Die Mittel sollen gegen amerikanische Eltern in Schulausschusssitzungen eingesetzt worden sein, bei denen Eltern Mitglieder von Schulbehörden und Lehrer in den Vereinigten Staaten kritisierten und diese beschuldigten, bei Schülern linke oder pro-LGBT-Standpunkte zu fördern. Whistleblower hatten sich an die Republikaner gewandt und behauptet, das FBI habe Dutzende von Ermittlungen gegen amerikanische Eltern durchgeführt, die sich über die COVID-19-Mandate der Schulen beschwert hätten, und sie mit einem „Bedrohungsetikett“ versehen. Zur Kennzeichnung dieser Personen sei das EDUOFFICIALS-Tag verwendet worden.

Die Republikaner im Justizausschuss des Repräsentantenhauses berufen sich auf Aussagen von Whistleblowern, die besagen, dass das FBI Bedrohungsmarkierungen erstellte, um angeblich bedrohliche Äußerungen auf Vorstandssitzungen zu verfolgen. Sie sagen, dies sei ein Beweis dafür, dass Ressourcen zur Terrorismusbekämpfung gegen kritische Eltern eingesetzt würden.

Generalstaatsanwalt Merrick Garland widerspricht dieser Darstellung.

Die Epoch Times hat das Justizministerium um eine Stellungnahme zu den Vorladungen gebeten. Fox News hatte am Freitag zuerst berichtet.



https://www.theepochtimes.com/house-judiciary-subpoenas-fbi-director-wray-and-ag-garland-for-targeting-parents_5032849.html

---

Werbung


Klaus Schwab
Die Zukunft der Vierten Industriellen Revolution
Wie wir den digitalen Wandel gemeinsam gestalten
DVA
Vom Gründer und Vorsitzenden des Weltwirtschaftsforums
WORLD ECONOMIC FORUM